

## **1. Auftaktveranstaltung Spielleitplanung Dorenkamp**

---

Auf den beiliegenden Flyer wird verwiesen.

## **2. Aktionsprogramm Kindertagespflege**

---

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat aus Mitteln des europäischen Sozialfonds ein Aktionsprogramm im Bereich Kindertagespflege in Höhe von 20 Mio. € ins Leben gerufen. Ziel ist die Aquirierung und Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Insgesamt sollen 200 Projekte mit jeweils 100.000 € für den Zeitraum vom 1.3.2009 bis zum 29.2.2012 gefördert werden.

In der Zeit vom 15.10.2008 bis zum 15.11.2008 lief das sogenannte Interessebekundungsverfahren.

Das Jugendamt hat fristgerecht eine entsprechende Interessebekundung abgegeben.

Anfang 2009 werden nach einer Vorauswahl die Jugendämter, die an dem Programm teilnehmen sollen, aufgefordert die Mittel formal zu beantragen.

## **3. Integrierte Berichterstattung NRW**

---

In der ersten Phase des Projektes sind Daten zur Bevölkerungsstruktur, zur Einkommenssituation, zu Umfang und Kosten der Hilfen im Bereich der Hilfen zur Erziehung seitens der Gebit aufbereitet worden. Eine Auswertung ist jedoch noch nicht erfolgt. Ein kommunaler Vergleich ist erst nach Auswertung und qualifizierter Bewertung der Zahlen für das Jahr 2008 möglich.

Erste Zwischenergebnisse können jedoch Mitte der nächsten Jahres dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden.

#### **4. Vertragliche Neugestaltung der Förderung der Drogenberatung durch den Kreis Steinfurt Hier: Anfrage der SPD-Fraktion**

---

Mit Schreiben vom 14.10.2008 (s. Anlage) hat die SPD – Fraktion 5 Fragen zu den Auswirkungen der neuen vertraglichen Regelung bei der Förderung der Drogenberatung im Kreis Steinfurt gestellt. Seitens der Verwaltung werden sie wie folgt beantwortet:

##### 1. Wie wird sich die Angebotsstruktur für Rheine verändern?

Die vorhandenen Beratungsstellen der Aktion Selbsthilfe und des Caritasverbandes sind in ihrem Bestehen durch die veränderte Förderung des Kreises und durch die Kommunalisierung nicht gefährdet.

Der Bereich der Therapie erfährt durch die Neuregelung der Finanzierung für die Therapieanfragen von Bürgerinnen und Bürgern aus Rheine so gut wie keine Veränderung. Lediglich der Wegfall der Förderung der Präventionsfachstelle für den gesamten Kreis Steinfurt bei der Aktion Selbsthilfe e.V. führt dazu, dass es in Rheine diese Fachstelle nicht mehr geben wird.

Eine Veränderung der Präventionsangebote für Rheine ist jedoch nicht zu erwarten, da die Prävention in Rheine überwiegend mit kommunalen Mitteln gefördert wird, eine Restgröße von 2 x 0,2 Stellen vom Kreis geförderte Präventionsanteile verbleiben beim Caritasverband und bei der Aktion Selbsthilfe.

##### 2. Ist die Stadt Rheine bislang von der beabsichtigten Änderung informiert worden?

Die Förderung der Suchtberatungsstellen ist originäre Aufgabe des Kreises. Eine Beteiligung ist nicht erfolgt.

##### 3. Wie beurteilt die Fachverwaltung die Aufgabenwahrnehmung?

Grundsätzlich wird seitens der Verwaltung die Absicht des Kreises begrüßt, die Grundversorgung innerhalb des Kreises zu 100% zu finanzieren. Der positive Effekt ist, dass dadurch die kommunalen Mittel nicht in Abhängigkeit von Drittmitteln (Kreis, Land) gewährt werden, sondern der Einsatz der kommunalen Mittel auch auf die spezifischen Anforderungen und Zielsetzungen der Stadt abgestimmt werden kann. Bezüglich des Wegfalls der Präventionsfachstelle wird die Entwicklung zwar bedauert, eine unmittelbare Auswirkung auf die Präventionsarbeit in Rheine wird jedoch nicht gesehen.

#### 4. Welche Auswirkungen haben die Veränderungen für den Finanzierungsbeitrag der Stadt Rheine?

Anfang Dezember sollen mit den beiden Trägern der Suchtberatungsstellen in Rheine Gespräche bezüglich der zukünftigen Finanzierung erfolgen. Im Rahmen der dann zu entwickelnden Verträgen ist auf die Finanzierungssystematik des Kreises Rücksicht zu nehmen. Eine direkte Mehrbelastung des städtischen Haushaltes kann derzeit nicht gesehen werden.

#### 5. Wie stehen die Träger zu den in der Diskussion stehende Vorschlägen des Landes NRW und des Kreises Steinfurt?

Diese Frage kann letztlich nicht beantwortet werden. Die Aktion Selbsthilfe bedauert natürlich den Wegfall der Präventionsfachstelle, sieht jedoch auch nur marginale Auswirkungen auf die direkten Angebote in Rheine.

### **5. Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren**

---

Nach den Planungen der Landesregierung soll Rheine im Endausbaustadium über 12 Familienzentren verfügen. Derzeit arbeiten bereits vier zertifizierte Familienzentren. Zwei weitere Familienzentren haben im August 2008 mit der Arbeit begonnen und werden sich im Laufe des Kindergartenjahres 2008/2009 der Zertifizierung unterziehen. Nach erfolgreichem Abschluss des Zertifizierungsverfahrens werden dann in Rheine 6 Familienzentren arbeiten.

Das Ausschreibungsverfahren für die restlichen 6 Familienzentren wurde Ende Mai 2008 gestartet. Die Bewerbungsfrist wurde auf den 30. August 2008 terminiert. Unter Berücksichtigung der eingegangenen Bewerbungen war festzustellen, dass die von der Landesregierung u.a. geforderte regionale Verteilung der Familienzentren auf das Stadtgebiet nicht einzuhalten war. Zeitgleich signalisierte ein Träger, dass er noch etwas Zeit für eine aussagekräftige Bewerbung benötige. Vor diesem Hintergrund wurde die Bewerbungsfrist für alle Träger der Kindertageseinrichtungen auf den 30.11.2008 verlängert. Die Beschlussfassung kann dann nicht wie ursprünglich geplant in der Sitzung am 27.11.2008 erfolgen, sondern wird für die erste Sitzung des JHA im Jahre 2009 vorbereitet.

Mit dieser Verschiebung sind keinerlei Nachteile verbunden, da auch das Land NRW das für das Kindergartenjahr 2009/2010 bestimmte Kontingent an Familienzentren für alle Jugendamtsbezirke erfahrungsgemäß frühestens im Frühjahr 2009 bekannt geben wird.

## 6. Familienpass

---

Der Familienbeirat hält die Überarbeitung des im Jahre 2001 eingeführten Familienpasses für erforderlich.

Dabei soll insbesondere folgendes überarbeitet werden:

- „Automatische“ Ausgabe des Familienpasses bei Anmeldung des Kindes.
- „Qualifizierung“ des Angebotes, lieber Klasse als Masse
- Verlängerung der Gültigkeitsdauer
- Wegfall der unterschiedlichen Kennungen, Ausgabe nur als Familienpass.

Entsprechende Gespräche zwischen Familienbeirat und Verwaltung wurden geführt. Ursprünglich war beabsichtigt hierzu dem Jugendhilfeausschuss zur heutigen Sitzung eine Vorlage zu präsentieren. Die Verwaltung hat jedoch aus folgenden Gründen davon abgesehen.

Hinsichtlich der „Kartenflut“ die gegenwärtig auf dem Markt sind – Ehrenamtskarte, JULEIKA- ist zu ermitteln, welche Rolle und mit welchen Angeboten der Familienpass „marktfähig“ sein wird.

Viele Anbieter haben bereits auch ohne Familienpass Familienermäßigungen in ihrer Tarifstruktur. Hier sollte zunächst eine Bestandsaufnahme erfolgen

Während die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Familienpasses von jetzt einem Jahr auf z.B. fünf Jahren problemlos erscheint, erfordern die weiteren Änderungswünsche einen höheren Abstimmungsbedarf bzw. weitere Recherche.

So wird die „automatische“ Ausgabe des Familienpasses zu einer höheren Inanspruchnahme führen, die eine Erhöhung des entsprechenden Etats zur Folge haben müsste.

Bei Einführung des Familienpasses wurde die bis dahin vorhandene „Besucherkarte“ in den Familienpass integriert. Mit der Besucherkarte erhielten z.B. Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger Ermäßigungen beim Besuch städtischer Einrichtungen und Veranstaltungen. Auch hier ist mit den beteiligten Stellen abzustimmen, wie zukünftig zu verfahren ist.

Die Verwaltung hält es daher für erforderlich, das Thema „Familienpass“ sorgfältig zu überarbeiten, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Lösung für den Familienpass zu finden.